

400 neue Flüchtlinge ziehen nach Farmsen

Unterbringung im Berufsförderungswerk geplant. Kritik von der

Auf dem Gelände des Berufsförderungswerks an der August-Krogmann-Straße in Farmsen werden 400 Flüchtlinge untergebracht. Das teilten die rot-grüne Koalition in Wandsbek mit. CDU, Links-Partei und Bürgerverein äußerten sich kritisch.

Die Koalitionäre unterstrichen die Verantwortung der Gesellschaft für eine Flüchtlingsunterbringung. Zugleich betonten sie, dass allein der Senat die Entscheidungen treffe. Derzeit kämen 150 Flüchtlinge pro Woche, bis Ende 2015 müssten 5.700 zusätzliche Plätze geschaffen werden. Um die Unterbringung in Zelten zu vermeiden würden derzeit alle Möglichkeiten für die Requirierung von Flächen und Gebäuden geprüft.

SPD und Grüne begrüßten, dass im Berufsförderungswerk Appartements für die Flüchtlinge bereitstehen. "Die Unterbringung in Wohnungen ist unser erklärtes Ziel", sagten die Fraktionsvorsitzenden von SPD und Grünen, Anja Quast und Dennis Paustian-Döscher. Trotzdem sei der Standort nicht ideal, da in der Nachbarschaft bereits 346 Flüchtlinge wohnen. Der Fraktionschef der Wandsbeker Linkspartei, Julian Georg, sprach von einer schlechten Entscheidung. "750 Flüchtlinge am Standort sind zu viel." Auch werde der runde Tisch vor Ort nicht eingebunden. "Während die SPD bereits wortreich die Presse informiert, schickt der Bezirksamtsleiter von der gleichen Partei einen dünnen Zweizeiler an die Fraktionsvorsitzenden im Bezirksparlament. Das ist schlechter Stil."

Tatsächlich verschickte Thomas Ritzenhoff nur einen Satz, der die Flüchtlinge für den 1. Dezember ankündigt und eine Befristung der Unterkunft bis zum 1. Dezember 2016 vorsieht. Für den Runden Tisch erklärte der Vorsitzende des Bürgervereins Farmsen-Berne, Hans-Otto Schurwanz: "Wir sind zwar vorab informiert worden. Aber die jetzt 400 Plätze sind sicher etwas anderes als die in Aussicht gestellten '200 plus.'" Die Zahl von 750 Flüchtlingen am Standort sei "für den Stadtteil nicht angemessen". Die Lasten müssten gerechter verteilt werden.

Die rot-grüne Koalition begrüßte die von **Hamburg** ausgegangene Initiative zur Änderung des Bauplanungsrechtes im Bund. Sie werde es ermöglichen, Flächen in Randbezirken wie den Walddörfern besser für Flüchtlinge zu nutzen. Derzeit sind Unterkünfte in Gewerbe- oder Landschaftsschutzgebieten verboten. Die Koalition will die Sozialbehörde im Regionalausschuss informieren lassen, wie sie sich das Zusammenleben mit den Flüchtlingen vorstellt und wie der Runde Tisch eingebunden werden kann.